

Der Vollzugsdienst

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

6/2015 – 62. Jahrgang

**Die Lehren
aus dem Vollzugsjahr
2015**

Ein Rückblick auf die
vergangenen Monate

Seite 1

**Neue Justizvollzugsanstalt
Augsburg-Gablingen
eingeweiht**

Gesamtinvestitionsvolumen
105 Millionen Euro

Seite 17

**Wird der Vollzug mit mehr
gewaltbereiten Inhaftierten
konfrontiert ?**

Der Ton in den NRW-Vollzugsein-
richtungen ist rauer geworden

Seite 51

Bundesleitung und Redaktion wünschen ein
besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2016



Baden-Württemberg



Bremen



Sachsen

Fachteil: dbb-Stellungnahme zum Tarifeinheitsgesetz

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Rückblick auf die vergangenen Monate
Die Lehren aus dem Vollzugsjahr 2015
- 2 Zweite Fachtagung der
dbb Bundesseniorenvertretung
- 2 Das Betreuungsgeld
hatte auch sein Gutes
- 3 Arbeitskreistreffen der BSBD Bund-/
Länder-Frauenvertretungen
- 4 Tipps zur Pflege von Angehörigen
- 4 Fragerecht bei Einstellung in den
Justizvollzugsdienst

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 20 Berlin
- 26 Brandenburg
- 29 Bremen
- 30 Hamburg
- 34 Hessen
- 41 Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 69 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 76 Schleswig-Holstein
- 79 Thüringen

FACHTEIL

- 82 Stellungnahme des dbb zum
Referentenentwurf eines Gesetzes zur
Tarifeinheit (Tarifeinheitgesetz)



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 1/2016:



15. Januar 2016

Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel

Düsseldorf, im Dezember 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein turbulentes und ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu. Es lässt deutlich mehr offene Fragen zurück, als es im Laufe von zwölf Monaten beantworten konnte. Flüchtlingskrise, Terroranschläge in Paris, San Bernadino und London verunsichern uns zutiefst, weil sie unsere Art zu leben in Frage stellen. In einer solchen Situation hat der Strafvollzug nicht die vorrangigste Bedeutung, darf aber auch nicht übersehen werden, wenn wir als Gesellschaft unser subjektives Sicherheitsempfinden, das deutlich gelitten hat, zurückgewinnen wollen. Beim diesjährigen Gewerkschaftstag in Köln haben wir die Grundlagen unserer Arbeit durch die hohe Anzahl der verabschiedeten Anträge neu bestimmt und festgelegt. Als Vorsitzender unseres Landesverbandes ist es mir ein großes Anliegen die damit übernommenen Arbeitsaufträge zu erfüllen. Aus diesem Grund haben wir bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Aufgabe hat, dem Landesvorstand zuzuarbeiten und die Anträge entsprechend unserer Beschlüsse begleitend vorzubereiten und Strategien zu deren Durchsetzung aufzuzeigen. Den Weg, die Basis verstärkt in die gewerkschaftliche Meinungsbildung einzubinden, werden wir konsequent fortführen. Nur so werden wir die dringend notwendige Akzeptanz und Unterstützung bei allen Bediensteten des Justizvollzuges sicherstellen können.

Es ist deshalb besonders wichtig, dass sich genügend Kolleginnen und Kollegen finden, sich ehrenamtlich für unsere gemeinsamen Interessen zu engagieren. Bislang befinden wir uns noch auf einem guten Weg, müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass wir uns auch an das veränderte Freizeitverhalten der Menschen anpassen müssen.

Angesichts der großen finanziellen Herausforderungen, vor denen wir in den kommenden Jahren stehen, benötigen durchgreifende Erfolge einen langen Atem, gilt es viele dicke Bretter zu bohren. Die gewerkschaftlichen Erfolge des zurückliegenden Jahres waren deshalb keine Selbstverständlichkeit, sondern angesichts der Zugriffsmentalität der Politik schon etwas ganz Besonderes:

- Tarifiergebnis 2015

Zunächst darf das Tarifiergebnis als überaus erfreulich gewertet werden, weil es die Teilhabe des öffentlichen Dienstes am gesellschaftlichen Erfolg sichert. Die Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten war dem durch Demonstrationen verdeutlichten Kampfeswillen der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, auch wenn eine zeitliche Verzögerung nicht verhindert werden konnte.

Zur Erinnerung nochmal ein Überblick über das Ergebnis:

In diesem Jahr haben die Beamten und Pensionäre ein Plus von 2,1 Prozent ab dem 1. Juni erhalten. Für die Angestellten waren die Bezüge 2015 be-



Peter Brock.

reits rückwirkend zum 1. März um 2,1 Prozent erhöht worden. 2016 steigen Besoldung und Pension um weitere 2,3 Prozent, aber erst zum 1. August und damit deutlich später als bei den Angestellten, deren Tarifierhöhung bereits im März startet.

Darüber hinaus ist bereits jetzt festgelegt, dass das Tarifiergebnis der nächsten Verhandlungsrunde für 2017 mit einer dreimonatigen Verschiebung auf den Beamtenbereich übertragen wird. In Abzug gebracht werden jeweils die 0,2 %, die der Versorgungsrücklage zugeführt werden.

- Ruhegehaltsfähigkeit der „Gitterzulage“

Nach den bisherigen Planungen der Landesregierung soll ab dem 1. Juli 2016 die Ruhegehaltsfähigkeit der „Strafvollzugszulage“ wiedereingeführt werden. Die ursprüngliche Zusage einer rückwirkenden Nachzahlung wird wohl nicht erfolgen. Trotzdem können sich alle Kolleginnen und Kollegen, wenn man eine durchschnittlich 20-jährige Pensionszeit zugrunde legt, über ein um rd. 15.000 € höheres Lebensarbeits-einkommen freuen.

- Anwärtersonderzuschläge

Auch im kommenden Jahr werden Anwärtersonderzuschläge für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes gezahlt. Positiv zu bewerten ist, dass die Anwärterinnen und Anwärter diesen nunmehr für die gesamte Zeit ihrer Ausbildung erhalten. Mit dieser Regelung ist zumindest eine Teilforderung des **BSBD** übernommen worden. Eine auf Dauer ausgelegte Zahlung der Zuschläge ist weiterhin unser Ziel, um auf dem angespannten Fachkräftemarkt den Nachwuchsbedarf des Vollzuges dauerhaft decken zu können.

- Vorleistungen der Kolleginnen und Kollegen müssen anerkannt werden

Ein Beispiel dafür ist die Übertragung des Urlaubs ins nächste Urlaubsjahr. Auf Grund von Nachfragen des Rechtsausschusses und von Journalisten hat der Justizminister für die durchschnittliche Übertragung von 13 Tagen Erholungsurlaub pro Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes ausgeführt, hierfür seien persönliche Gründe der Betroffenen und keine dienstlichen Gründe verantwortlich. Diese Aussage ist nach Einschätzung des **BSBD** so nicht haltbar, weil der Einfluss des einzelnen Betroffenen auf die Dienstplangestaltung und damit auf die Gewährung von Urlaub und Freizeit marginal ist.

Dreizehn übertragene Urlaubstage und rd. 80 Mehrarbeitsstunden, die jede Kollegin und jeder Kollege vor sich herschieben, sind nichts anderes als ein zinsloses Darlehen, das unsere 5.800 Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes (nur für diese Berufsgruppe gibt es eine entsprechende Statistik) dem Land Monat für Monat gewähren.

Die statistische Erfassung von besonderen Vorkommnissen ist ein weiteres Problem. Bislang werden Verletzungen von Bediensteten nur bei einem direkten Angriff, die mindestens 1 Tag Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, statistisch erfasst. Alle sonstigen Verletzungen, Bedrohungen oder Beleidigungen fallen unter den Tisch. Damit wird der Umgang mit solchen Vorkommnissen den Behördenleitungen überlassen, was im Ergebnis zu einer unzureichenden Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort führt. Der **BSBD** fordert im Gegensatz zur bisherigen Praxis eine Rücken-deckung durch den Dienstherrn ein, auf die sich jeder Strafvollzugsbedienstete jederzeit verlassen kann.

Die Sicherheitsausstattung der Transportbegleiter und der Fahrzeuge mit

Sicherheitstechnik sind dringend zu verbessern. Die Kolleginnen und Kollegen benötigen schussichere Westen und Sonderrechte im Straßenverkehr, wie sie für die Polizei selbstverständlich sind. Zudem sind besondere Schieß- und Zugriffsausbildungen erforderlich, um auf die Risiken des Einsatzes angemessen vorbereitet zu sein. Bislang vollzieht die Administration diese Einschätzungen noch nicht nach. Wir sind aber guten Mutes, dass im Justizministerium langsam ein Umdenken einsetzt und wir in diesem Punkt in Kürze eine positive Rückmeldung gegeben können.

Im neuen Jahr finden am **9. Juni 2016** die Personalratswahlen auf Orts- und Hauptpersonalratsebene statt. Ich möchte Sie alle ermuntern, nachdrücklich dafür zu werben, dass wir als **BSBD NRW** die notwendigen Mehrheiten bekommen, um auch in Zukunft, die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen in den Mitbestimmungsgremien wirksam vertreten zu können. Wenn wir nicht selbst für unsere Interessen eintreten, wird es niemand anderes für uns tun.

Der **BSBD** hat für die Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten im Vergleich mit anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Beachtliches durchsetzen und erreichen können. Deshalb bin ich voller Hoffnung und Zuversicht, dass wir sowohl die **Personalratswahlen 2016** als auch die gewerkschaftlichen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam erfolgreich gestalten können.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihren Familien und Angehörigen danke ich ganz persönlichen für die im Auftrag unserer Gesellschaft geleistete Arbeit, den geübten Verzicht und das praktizierte Verständnis für die Erfordernisse unseres Berufes. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass diese Leistungen von der Gesellschaft künftig angemessen honoriert und gewürdigt werden.

Ich wünsche Ihnen allen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Übergang ins neue Jahr 2016. Dabei darf ich der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass wir uns im kommenden Jahr bei stabiler Gesundheit und beruflicher wie privater Zufriedenheit den gewerkschaftlichen Herausforderungen mit einem pragmatischen Blick für das tatsächlich Realisierbare stellen können. Allen Kolleginnen und Kollegen, die an den Fest- und Feiertagen für die Sicherheit der Gesellschaft im Einsatz sein werden, wünsche ich ein ruhigen und komplikationsfreien Dienstverlauf.

Mit kollegialen Grüßen
Ihr/Euer
Peter Brock

Anwärtersonderzuschläge:

Finanzminister bewilligt Zuschläge erstmals für die gesamte Dauer der Ausbildung

BSBD-Forderung wird teilweise erfüllt

Endlich hat die Landesregierung eine langjährige Forderung des BSBD teilweise aufgegriffen und den Anwärtersonderzuschlag für länger als nur ein Jahr für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes bewilligt. Damit erhalten die Betroffenen erstmals Planungssicherheit für die gesamte Dauer ihrer Ausbildung. Von dieser zu begrüßenden Regelung profitieren alle vorhandenen Anwärtersinnen und Anwärter sowie der Einstellungsjahrgang 2016.

In einer ersten Stellungnahme zeigte sich der **BSBD-Vorsitzende Peter Brock** erfreut über diese Entscheidung des Finanzministers, die eine deutliche Verbesserung bedeute, weil die Anwärtersinnen und Anwärter damit finanzielle Planungssicherheit für die gesamte Dauer der Ausbildung hätten. Gleichzeitig kritisierte **Brock** allerdings, dass man seitens des Finanzministers nicht zu einer noch langfristigeren Festlegung bereit gewesen sei, obwohl bereits seit Jahrzehnten die Voraussetzungen für die Bewilligung von Anwärtersonderzuschlägen unausgesetzt erfüllt seien.

Der Strafvollzug bemüht sich speziell um Zweitberufler, damit diese ihre beruflichen Erfahrungen in die Arbeit im Strafvollzug einbringen können. Von diesen Erfahrungen profitiert der Strafvollzug bei der Realisierung seines gesetzlichen Behandlungsauftrages ungemein. Diese Personengruppe ist aber etwas älter als Schulabgänger und daher bereits in finanzielle Verpflichtungen eingebunden, weil sie vielfach eine Familie zu versorgen hat.

Der Strafvollzug muss folglich finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, die es auch diesem Personenkreis erlaubt, eine qualifizierte Ausbildung im Strafvollzug zu absolvieren. Angesichts des demographischen Wandels wird es zunehmend schwerer, im benötigten Umfang Menschen für ein berufliches Engagement im Strafvollzug zu interessieren.

Um den jährlichen Ersatzbedarf in den beiden genannten Laufbahnen decken zu können, ist die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen folglich unverzichtbar.

Ohne dieses finanzielle „Zubrot“ hätte

der Strafvollzug in der Konkurrenz mit der Privatwirtschaft kaum Chancen, ausreichend qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Der Sonderzuschlag wird auch künftig in Höhe von **50 Prozent** des Anwärtersgrundbetrages gezahlt. Nach Auffassung des **BSBD** ist der Anreiz eines „sicheren“ Arbeitsplatzes allein nicht mehr ausreichend, um junge Menschen für das Berufsfeld „Strafvollzug“ zu interessieren. Weil sich die Wertigkeit eines beruflichen Engagements überwiegend an der Entlohnung festmacht, müssen die finanziellen Rahmenbedingungen so bemessen sein, dass Bewerber von einem Berufswechsel nicht von vornherein abgeschreckt werden.

Mit dem jetzt erzielten Ergebnis zeigte sich **BSBD-Chef Peter Brock** zufrieden. „Angesichts der absehbaren Belastungen, die künftig auf den Landeshaushalt zukommen werden, ist es erfreulich, dass die vorhandenen und die Anwärtersinnen und Anwärter des Einstellungsjahrgangs 2016 finanziell einigermaßen abgesichert sind. Der **BSBD** wird allerdings weiter dafür eintreten, eine noch längerfristige Überprüfungsperiode für die Bewilligung von Anwärtersonderzuschlägen durchzusetzen“, stellte der Gewerkschafter klar.

Friedhelm Sanker



Die Nachwuchskräfte des Vollzuges haben erstmals finanzielle Sicherheit für die gesamte Dauer ihrer Ausbildung.

Besondere Vorkommnisse:

Wird der Vollzug mit mehr gewaltbereiten Inhaftierten konfrontiert?

Müssen sich die Bediensteten auf eine risikoreichere Arbeit einstellen?



Der Ton in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen ist in den zurückliegenden Jahren rauer geworden. Verbale und körperliche Übergriffe nehmen zu.

Viele Praktiker würden eine solche Frage ohne Umschweife bejahen. Immerhin ereignete sich im Jahr 2014 die besorgniserregende Zahl von 86 Zwischenfällen in den Vollzugseinrichtungen des Landes. Das Justizministerium sieht im Hinblick auf die Vorfälle hingegen keinen akuten Handlungsbedarf, weil sich die Zahl der Vorkommnisse auf einem konstant niedrigen Niveau bewege. Die in der absoluten Zahl enthaltenen Übergriffe auf Bedienstete haben 2014 zu insgesamt 81 Krankentagen geführt. Übergriffe, die keinen krankheitsbedingten Ausfall zur Folge hatten, tauchen bislang in der Statistik nicht auf.

Und hier liegt das Problem, wenn man die Verhältnisse in den Einrichtungen sachgerecht einschätzen will. Immer dann, wenn Gefangene Kolleginnen und Kollegen körperlich oder verbal attackieren, bedeutet dies eine erhebliche Störung für die Realisierung des Behandlungsauftrages. Wenn ein respektvoller Umgang nicht sichergestellt ist, dann ist auch eine behandlungsorientierte Einflussnahme in Frage gestellt.

In dieser Hinsicht ist es mehr als nur bedauerlich, dass speziell den Übergriffen von Gefangenen auf Bedienstete vielfach nicht die erforderliche Bedeutung beigemessen wird. Deshalb will es die Administration wohl auch nicht so genau wissen, sonst würden – wie in anderen Bereichen der Justiz – auch verbale Übergriffe mit einer gewissen strafrechtlichen Relevanz statistisch erfasst. Würden entsprechende Daten erhoben, würde sehr schnell of-

fenbar werden, dass die Bediensteten intensiver als bisher Rückendeckung benötigen, wenn sie von Gefangenen – in welcher Form auch immer – angegangen werden.

Anscheinend geringfügige Übergriffe nicht verharmlosen

Bei Übergriffen wird – soweit es sich um Antragsdelikte handelt – vielfach kolportiert, Vorgesetzte reagierten in diesen Fällen meist mit dem Hinweis, Disziplinar- oder Strafverfahren brächten nichts. So würden eingeleitete Strafverfahren regelmäßig eingestellt, weil sie angesichts der zu verbüßenden Strafe ohne praktische Bedeutung seien. Wenn diese vielfach zu hörende Kritik zutrifft, müsste dieser Umgang mit dem Problem der verbalen und körperlichen Übergriffe grundlegend überdacht werden. Als Repräsentanten des Staates müssen sich die Kolleginnen

und Kollegen auf die Rückendeckung des Dienstherrn uneingeschränkt verlassen können.

Selbst wenn Strafverfahren überwiegend eingestellt werden sollten, ist es von ganz wesentlicher Bedeutung, dass solche Übergriffe dokumentiert und damit für die Strafvollstreckungskammern aktenkundig nachvollziehbar werden. Nur dann nämlich kann durch die Kammern die Persönlichkeit des einzelnen Gefangenen und dessen Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit richtig eingeschätzt werden, was für das Befinden beispielsweise über eine vorzeitige Haftentlassung von elementarer Wichtigkeit sein kann.

Höhere Personalpräsenz ist die einzig richtige Prophylaxe

Gegenüber Pressevertretern machte **BSBD-Chef Peter Brock** in Düsseldorf darauf aufmerksam, dass nunmehr dringend 650 Mitarbeiter neu eingestellt werden müssten, um den gegenwärtig aufgelaufenen Überstunden- und Urlaubsberg annähernd abbauen zu können. Dadurch, so der Gewerkschafter, würde sich die Personalpräsenz in den Vollzugseinrichtungen deutlich verbessern, was erfahrungsgemäß auch verbalen und körperlichen Übergriffen seitens der Gefangenen angemessen vorbeuge.

„Wenn wir uns jetzt personell nicht besser aufstellen, dann werden die bereits absehbaren Herausforderungen der Flüchtlingskrise und des Dschihadismus die Bediensteten in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen mittelfristig überlasten. Der Eintritt einer solch risikobehafteten Situation kann weder im Interesse der Politik noch in dem der Gesellschaft liegen“, stellte **Peter Brock** klar. Die Landesregierung forderte der Gewerkschafter auf, jetzt zu handeln und nicht erst dann, wenn „das Kind in den Brunnen gefallen sei“. Um das Problem in seiner gesamten Dimension und Tragweite zu ermessen, gelte es jetzt zunächst, alle verbalen und körperlichen Übergriffe auf Bedienstete und die im Dienst erlittenen Verletzungen flächendeckend zu erfassen. *Friedhelm Sanker*

Heute schon gelacht?

Höhe der Kosten

Ein Hund kam in eine Metzgerei und stahl einen Braten. Glücklicherweise erkannte der Metzger den Hund als den seines

Nachbarn, eines Anwaltes. Der Metzger rief den Anwalt an und sagte: „Wenn Dein Hund einen Braten aus meiner Metzgerei stiehlt, dann bist Du doch für die Kosten verantwortlich, oder?“ Der Anwalt erwiderte: „Natürlich! Wieviel kostet das

Fleisch?“ „30 Euro“, erwiderte der Metzger. Ein paar Tage später erhielt der Metzger einen Scheck über 30 Euro mit der Post. Angeheftet war eine Rechnung mit folgendem Text: „Ich erlaube mir, für eine Rechtsauskunft 350 Euro zu liquidieren.“

Flüchtlingskrise und terroristische Gewaltanschläge:

Verändern diese Phänomene unsere Gesellschaft?

Auf welche Konsequenzen muss sich der Strafvollzug vorbereiten?

Noch zu Jahresbeginn schien unsere „deutsche“ Welt weitgehend geordnet und kontrollierbar zu sein. Die Gesellschaft zeigte sich zwar nicht homogen, doch konsensual ausgerichtet und mit sich im Reinen. Eine augenscheinlich der Vernunft verpflichtete Kanzlerin strahlte als Garant dieser inneren Stabilität widerstandsfähige Sicherheit aus. In den zurückliegenden Monaten hat dieses Bild eines wohlgeordneten Gemeinwesens allerdings erhebliche Schrammen und Risse davongetragen. Und auch die Kanzlerin wirkt verunsichert und von den Entwicklungen zunehmend überfordert. Die Griechenland-Krise ließ deutlich werden, welche Kraftanstrengung es bedeutet, europäische und deutsche Interessen kompatibel zu halten. Die wirtschaftlich schwächelnden Staaten des europäischen Südens verlangten die Schaffung einer gemeinschaftlichen Haftung für die Staatsverschuldung. Deutschland machte – wie schon so oft – finanzielle Zugeständnisse. In der Flüchtlingskrise zeigt sich die Bevölkerung zutiefst zerrissen zwischen notwendiger menschlicher Hilfeleistung und gesellschaftlicher Überforderung.

Bereits vor Jahren hat sich angedeutet, dass die Aufgabe der Grenzsicherung zwischen den europäischen Staaten zu Gunsten der Außensicherung der europäischen Grenzen nur unzureichend funktioniert. Als vornehmlich Griechenland und Italien mit dem Problem der Flüchtlinge allein gelassen wurden, griffen sie zur Selbsthilfe, verzichteten auf die vorgeschriebene Registrierung, händigten Fahrkarten aus und ließen die Menschen in den Norden Europas reisen. Solange die Flüchtlingszahlen überschaubar waren, interessierte sich die Politik augenscheinlich nicht für dieses Unterlaufen der Dublin-Regeln. Damit war der Boden bereitet, die Verbindlichkeit von völkerrechtlichen Verträgen einseitig in Frage stellen zu dürfen. Dieser schleichenden Erosion des Rechts ist die Politik kaum entgegengetreten. Auch hier wäre es erforderlich gewesen, den Anfängen zu wehren. Nachdem Flüchtlingsstrom und religiös motivierte terroristische Gewalt krisenhafte Ausmaße angenommen haben, wird es für die Politik schwer werden, das Heft des Handelns wiederzuerlangen.



Die Kanzlerin hat mit der Aufnahme von in Ungarn gestrandeten Flüchtlingen den Zustrom nach Deutschland erheblich verstärkt.

Foto: Bundesregierung/Denzel

Kanzlerin Merkel hat einen Flüchtlingszustrom ungeahnten Ausmaßes ausgelöst

Mit ihrer einseitigen Aufnahme von in Ungarn gestrandeten Flüchtlingen und ihrem sturen „Wir schaffen das!“ hat die

Kanzlerin die Schleusen geöffnet. Alle den Dublin-Regeln verpflichteten Länder atmeten auf, durften sie sich doch autorisiert fühlen, die Flüchtlinge jetzt einfach nach Deutschland weiterleiten zu dürfen. Das Ausmaß des Zustroms mag der Politik nicht bewusst gewesen sein, doch dürfte sich auch dem unbeteiligten Beobachter erschließen, dass Deutschland gerade einen gravierenden Fehler gemacht hat.

Flüchtlinge massenhaft und teilweise unregistriert ins Land zu lassen, ist nicht nur ein Sicherheitsrisiko, sondern auch eine Überforderung der Integrationskraft der Mehrheitsgesellschaft. Scheinbar haben wir aus der Vergangenheit nicht viel gelernt. Die in den 1980er und 1990er Jahren eingewanderten Flüchtlinge speziell aus dem Libanon konnten ihre Großfamilien nachholen. Sie haben sich zu einem erheblichen Teil nicht integriert, werden Deutschland aber keinesfalls wieder verlassen. Viele dieser Clans bessern die ihnen zustehenden Sozialleistungen durch kleinere oder größere Straftaten auf, tragen aber kaum etwas zur Finanzierung der Gesellschaft bei. Von der Kanzlerin war ein solches Vorpreschen eigentlich gar nicht zu erwarten. Besser wäre es in der konkreten Situation in jedem Fall gewesen, die Europäische Union agieren zu lassen und lediglich die Aufnahmebereitschaft für 30.000 Flüchtlinge aus Ungarn zu signalisieren. Damit hätten die Dublin-Regeln Bestand gehabt und wären nicht faktisch aufgehoben worden.

Wir sollten aus den negativen Erfahrungen der Vergangenheit lernen

Angesichts dieser Erfahrungen, exemplarisch sei auf den rd. 2.600 Personen zählenden Miri-Clan verwiesen, der Millionen Euro an Sozialleistungen vom Staat kassiert, daneben aber noch ca. 50 Millionen Euro aus illegalen Geschäften erzielen soll, sollten wir Vorsorge treffen, damit sich solch sozialschädliches Verhalten nicht ausweitet. Menschen, deren Lebenswandel nicht mit ihrem legalen Einkommen kor-





Das Asylrecht gehört angesichts der massiven Zuwanderung auf den Prüfstand.

Foto: Zerbor/Fotolia



Das Prinzip der offenen europäischen Grenzen steht vor dem Kollaps.

Foto: Niyazz/Fotolia

respondiert, sollte aufgegeben werden, die Quellen ihrer Einkünfte zu offenbaren. Sind sie dazu nicht bereit oder in der Lage, sollte die rechtliche Möglichkeit zur Vermögensabschöpfung geschaffen werden.

Bürgerinnen und Bürgern, die hier ordnungsgemäß ihre Steuern und Abgaben entrichten, darf nicht zugemutet werden, solche Fehlentwicklungen – wie wir sie in der Vergangenheit beobachten konnten – dauerhaft finanzieren zu müssen. In der Flüchtlingsfrage wäre die Politik gut beraten, vorsichtig und realistisch zu sein. Ein Blick nach Schweden macht deutlich, wie allzu großzügiges Agieren den Staat überfordern kann. Die hohen Flüchtlingszahlen auch in Schweden haben bewirkt, dass bereits 58 Prozent aller Sozialleistungen an Migranten gehen.

Schweden stößt an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit

Zu behaupten, die finanziellen Rahmenbedingungen in Schweden und Deutschland hätten keinerlei Auswirkungen auf die Wahl des Aufnahmelandes, ginge an der Realität völlig vorbei. Die meisten Flüchtlinge, die Deutschland erreicht haben, kamen nicht, weil sie unmittelbar aus einem Kriegsgebiet geflohen sind. Sie kamen vielmehr aus den Nachbarländern Syriens, wo sie auch ihre Familien in relativer Sicherheit wissen. Sie haben sich nach Deutschland aufgemacht, um eine bessere Zukunftsperspektive für sich und ihre nachzugsbereiten Familien zu erhalten. Und sie kommen, weil sich Schweden und Deutschland finanziell als lukrativ erweisen.

Auch politische Interessen haben den Flüchtlingsstrom anschwellen lassen

Zu vermuten ist allerdings, dass auch politische Interessen der Türkei und Griechenlands zum Anschwellen des Flüchtlingsstromes beigetragen haben. Dem türkischen Präsidenten Erdogan

war der europäische Vorwurf, er unterstütze den Islamischen Staat, sicher ein Dorn im Auge. Flüchtlinge massenhaft ziehen zu lassen, konnte deshalb auch als ein Instrument der „Disziplinierung“ genutzt werden. Immerhin wird Erdogan nunmehr von der Europäischen Union hofiert und kann sich Zugeständnisse in der Flüchtlingsfrage auch noch fürstlich honorieren lassen. Aber auch den Griechen kamen die Flüchtlinge gerade recht, um den Zumutungen Europas etwas entgegenzusetzen zu können. So ließ sich das ramponierte Selbstwertgefühl stärken.



Die Solidarität der europäischen Staaten gibt es offenbar nur beim Nehmen.

Foto: Fotolia

Griechenland, das darf man mit Fug und Recht feststellen, hat die EU-Außengrenzen jedenfalls nicht so geschützt, wie es seine Pflicht gewesen wäre.

Das Asylrecht gehört auf den Prüfstand

Nachdem das deutsche Asylrecht keine Obergrenze kennt, jedem aber bewusst ist, dass es eine faktische Grenze für die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft gibt, ist die Verunsicherung der Menschen mit Händen zu greifen. Wenn die Politik sich weiter verweigert, in dieser Frage die zwingend notwendige Orientierung zu geben, dann werden Verunsicherung und Ablehnung des gegenwärtigen Kurses der Bundesregierung weiter

sprunghaft zunehmen. Da diese Sorgen und Nöte nur von einzelnen Politikern, nicht aber von Fraktionen des Bundestages aufgegriffen und artikuliert werden, wendet sich die Bevölkerung vermehrt der außerparlamentarischen Opposition zu.

Denn eines muss auch der Politik nach den Erfahrungen dieses Jahres klar sein, ein Asylrecht ohne Obergrenzen wird Deutschland zukünftig nicht garantieren können. Eine Grundgesetzänderung – so schwer sie vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte auch fallen mag – ist überfällig, wenn Deutschland wieder handlungsfähig werden will. Ansonsten machen wir uns zu Gefangenen von Entwicklungen, die wir nicht mehr beeinflussen können. Nichts wäre schlimmer als das. Nichts hätte größeres Radikalisierungspotenzial.

Ist Schengen gescheitert?

Man muss es fast befürchten. Offenbar geworden ist jedenfalls, dass die Europäische Union ihre Außengrenzen derzeit nicht sichern und schützen kann. Wenn der Flüchtlingszustrom im kommenden Jahr nicht wieder auf Millionenhöhe anwachsen soll, dann sind Alternativen unumgänglich. Und die einzig logische Konsequenz dürfte darin bestehen, dass die Staaten Europas für die Sicherung ihrer Grenzen wieder selbst Verantwortung übernehmen. Ein Staat ist ein Staat, wenn er über Staatsgewalt, Staatsgebiet und Staatsvolk verfügen kann. Ein Staat privilegiert seine Bevölkerung und bestimmt, wer in seinen Grenzen leben darf. Ist er hierzu nicht mehr in der Lage, wie es die Bundesregierung derzeit beklagt, gibt er einen wesentlichen Teil seiner Staatlichkeit auf. Bleibt eine solche Lage längere Zeit erhalten und der Schutz der Inländer folglich aus, wird dies nicht ohne weit-



Foto: Thomas Hammer/Fotolia

Bevor sich die Gesellschaft gravierend verändert, sollte zunächst die Bevölkerung gefragt werden.

reichende politische Folgen bleiben. Die Bundesregierung wäre deshalb gut beraten, die Wiedereinführung der Grenzsicherung vorzubereiten.

Solidarität Europas lässt auf sich warten

Erklärte Absicht von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** ist es, das Flüchtlingsproblem auf europäischer Ebene einer dauerhaften Lösung zuzuführen. Jedem Mitgliedsland sollen Kontingente aufzunehmender Flüchtlinge zugewiesen werden. Bislang ist allerdings nicht ersichtlich, dass sich Europa mit Deutschland solidarisch erweisen wird. Nicht nur die osteuropäischen Länder verweigern sich, auch „Kerneuropäer“ verspüren – meist aus innenpolitischen Gründen – keine Neigung, Deutschland in dieser Frage beizustehen.

Für die Menschen in Deutschland ist dies allerdings die Nagelprobe. Verweigert sich Europa und überlässt Deutschland die Kosten der Flüchtlingskrise und der Integration, dann wird der hiesigen Bevölkerung kaum zu vermitteln sein, weshalb Deutschland auch künftig noch der größte Nettozahler in Europa sein sollte. Schlimmer noch: Auch die Zustimmung der Menschen zu Europa selbst wird Schaden nehmen.

Die Veränderung der Gesellschaft bedarf einer demokratischen Legitimation durch Volksabstimmung

Selbst die Bundeskanzlerin hat orakelt und vermutet, dass sich die deutsche Gesellschaft durch den massenhaften Zuzug von Flüchtlingen verändern wird. Es ist zu befürchten, dass sie recht hat.

Deutschland traut seinem eigenen Volk nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht so recht über den Weg, deshalb sind Plebiszite auch kaum vorgesehen.

Soll aber nun die Gesellschaft durch die Integration von Flüchtlingen nachhaltig verändert werden, müsste zumindest die Gesellschaft gefragt werden, ob sie eine solche Umgestaltung eigentlich will und bereit ist, sie mit vielen Milliarden Euro zu finanzieren? Bei einem derart massiven Zuzug von Menschen fremder Kulturen sollte die Politik mehr Demokratie wagen und die Voraussetzungen dafür schaffen,



Deutschland ächzt unter den Lasten der Flüchtlingskrise.

Foto: Giovanni Cancemi/Fotolia

dass Volk in dieser Frage entscheiden zu lassen.

Erstaunlich war die Haltung der deutschen Wirtschaftsvertreter, die sich zunächst freuten und auf dem Weg wähnten, mit den Flüchtlingen den Facharbeitermangel beheben zu können. Zwischenzeitlich hat eine etwas realistischere Sichtweise Einzug gehalten. Es kommen nämlich nicht nur Ingenieure und Ärzte, sondern auch viele Analphabeten. Derzeit gibt es in Deutschland 2,6 Millio-

nen Arbeitslose und 6 Millionen Geringbeschäftigte. Obwohl diese Menschen die deutsche Sprache beherrschen und überwiegend über einen Schulabschluss verfügen, haben wir es nicht geschafft, den Fachkräftemangel aus diesem Reservoir zu decken. Was macht uns da eigentlich so optimistisch, es mit Flüchtlingen schaffen zu können. In dieser Hinsicht steht zu vermuten, dass dem erlauchten Publikum immer wieder Einzelbeispiele einer gelungenen Integration vorgeführt werden, damit die Bereitschaft zur Kostenübernahme nicht leidet.

Angesichts des Umstandes, dass sich die Leistungsfähigkeit unserer Computer alle zwei Jahre verdoppelt, vertreten nicht wenige Ökonomen die Auffassung, dass es in Deutschland künftig weniger statt mehr Arbeitsplätze geben wird. Wenn diese Einschätzung zutrifft, werden viele der Neuankömmlinge ohne Job bleiben, was deren Hoffnungen und Erwartungen zutiefst enttäuschen wird. Welche Folgen daraus für die Gesellschaft entstehen würden, lässt sich noch gar nicht abschätzen. Es lässt sich allerdings vermuten, dass desillusionierte junge Menschen mit viel Freizeit einen kriminogenen Risikofaktor darstellen werden.

Wie steht es um die Sicherheit der Gesellschaft?

Eine offene Gesellschaft muss zwangsläufig mit erhöhten Risiken leben. Die Abschaffung der innersuropäischen Gren-

zen hat die Risiken, Opfer einer Straftat zu werden, nicht unerheblich erhöht, weil natürlich jetzt auch Straftäter unkontrolliert durch Europa reisen können. Speziell die Organisierte Kriminalität hat sich die Verhältnisse zu Nutzen gemacht. Für die Bürgerinnen und Bürger überaus belastend sind Wohnungseinbrüche, deren Zahl in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Viele mobile Täter begehen solche Straftaten, um die Orte der Tatbegehung umgehend wieder zu

verlassen. Da kaum Spuren zurückgelassen werden, ist es für die Polizei sehr schwierig Täter zu ermitteln. Bei einer Aufklärungsquote von deutlich unter zehn Prozent sind solche Straftaten für die Täter fast risikolos.

Für die Betroffenen, die sich in ihrer Privatsphäre verletzt sehen, haben solche Taten vielfach nachhaltige Folgen. Und sie beeinflussen ihre Einstellungen und Haltung gegenüber vermeidbaren Risiken. Bislang gibt es in Deutschland die in den USA weitverbreiteten „Gated Communities“ nur vereinzelt. Hier sor-



Bundesinnenminister Thomas de Maizière versucht die Bevölkerung bezüglich der Kriminalitätsbelastung der Flüchtlinge zu beruhigen.

Foto: BPA/Jesco Denzel.

gen die Bewohner eines Viertels selbst für ihre Sicherheit, indem sie private Wachdienste engagieren.

In einem solchen Klima sind die Bürgerinnen und Bürger emotional sensibilisiert für das Thema Sicherheit. Sie befürchten angesichts der weltweiten Terroranschläge auch, dass mit den Flüchtlingen Terroristen ins Land kommen könnten. Deshalb hat sich Innenminister **Thomas de Maizière** auch beeilt, die durch Flüchtlinge begangenen Straftaten schnell ermitteln zu lassen. Sie sollen sich nach einem Lagebericht des Bundeskriminalamtes im „sehr niedrigen sechsstelligen Bereich“ bewegen. Man darf deshalb von 200.000 Straftaten ausgehen. Wären es weniger gewesen, hätte man dies definitiv kommuniziert. Es ist interessant, dass Politiker wohl immer noch glauben, man könne dem Volk die ganze Wahrheit nicht zumuten, ansonsten hätte die Zahl der Straftaten auch definitiv benannt werden können. Nein, man bewegt sich offenbar lieber im fiktionalen, spekulativen Bereich.

Aber gehen wieder einmal von den besagten 200.000 Straftaten aus und unterstellen wir, dass Flüchtlinge nicht krimineller sind als die inländische Wohnbevölkerung, dies war immerhin die Kernbotschaft des Ministers, die er unbedingt an die Frau und an den Mann bringen wollte, dann sind dies immer noch 200.000 Straftaten, die es ohne die Flüchtlinge nicht gegeben hätte.

Zu den Kosten der Unterbringung, Versorgung und Integration, die im kommenden Jahr nach Expertenmeinung mindestens 20 Milliarden Euro beanspruchen werden, gesellen sich auch noch die durch Straftaten verursachten Aufwendungen.

Welche Konsequenzen müssen für den Strafvollzug gezogen werden?

Aufgrund des Flüchtlingszuströms und des zu erwartenden Familiennachzugs werden wir bundesweit mit mindestens 2.000 zusätzlichen Gefangenen rechnen müssen, wovon gut ein Viertel auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen entfallen wird. Als erste Schlussfolgerung aus dieser Entwicklung sollten die vorhandenen Haftraumkapazitäten nicht reduziert und auf jeden Fall verwendungsfähig erhalten werden, um das erklärte gesetzliche Ziel, im NRW-Strafvollzug durchgängig das Prinzip der Einzelunterbringung einzuführen, tatsächlich erreichen zu können.

Daneben müssen wir uns fachlich auf die fremden Kulturkreise zugehörigen künftigen Gefangenen vorbereiten. In den 1990er Jahren standen wir mit den Aus- und Übersiedlern aus osteuropäischen Ländern vor einer vergleichbaren Herausforderung, die der Vollzug erfolg-

reich gemeistert hat. Das, was unsere Gesellschaft ausmacht, eine Kultur des Widerspruchs, praktizierte Gewaltenteilung, Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichberechtigung von Mann und Frau, existiert in islamischen Gesellschaften so nicht. Spätestens im Strafvollzug müssen wir diese Werte effektiv vermitteln können, weil sonst die letzte Chance für eine gelungene Integration unwiederbringlich vertan wäre.

Erforderliche Personalstellen schaffen

Deshalb ist die NRW-Landesregierung dringend gefordert, bereits jetzt die benötigten Kapazitäten und die erforderlichen Personalstellen zu schaffen sowie die Strafvollzugsbediensteten sachgerecht auf arabische Inhaftierte und ideologisierte Islamisten vorzubereiten, damit dieser Personenkreis sofort auf der Grundlage einer plausiblen Konzeption behandelt werden kann.

Versäumen wir es jetzt, die Voraussetzungen zu schaffen, um die unumgänglichen Kosten zu vermeiden, dann gehen wir ein vermeidbares Risiko für die gesellschaftliche Sicherheit ein, was sich in der Zukunft rächen würde.

Die Herkulesaufgabe der Integration kann nur gelingen, wenn die Bevölkerung mitzieht und von dem Ziel auch überzeugt ist. Die Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens der Menschen im Land durch allzu großes Verständnis und Nachsicht bei Straftaten von Flüchtlingen würde sich kontraproduktiv auswirken. Deshalb müssen Strafvollzug und Polizei vollumfänglich in die Lage versetzt werden, die absehbaren Herausforderungen auch tatsächlich bewältigen zu können.



Auch der Strafvollzug muss durch die Politik sachgerecht auf die erkennbaren Herausforderungen vorbereitet werden.

Foto: Sinuswelle/Fotolia

Das Verfallen von Urlaubstagen:

Ministerium überrascht mit überaus eigenwilliger Interpretation

Persönliche Gründe sollen für die Streichung von Urlaubstagen ursächlich sein

Insgesamt sind in den zurückliegenden drei Jahren annähernd 3000 Urlaubstage im Bereich des NRW-Strafvollzuges verfallen. Dies geht aus einer Antwort von Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) auf eine entsprechende Anfrage der FDP-Fraktion im Landtag hervor. Betroffen seien sowohl Beamte als auch Beschäftigte. Zudem seien regelmäßig Urlaubstage in beträchtlichem Umfang auf die Folgejahre übertragen worden. Als Gründe für diese Entwicklung führt der Minister persönliche Urlaubsdispositionen und längerfristige Erkrankungen an. Dienstliche oder betriebliche Ursachen werden hingegen nicht gesehen.

Der BSBD hält eine solche Interpretation der erhobenen Daten für abenteuerlich, weil sie faktisch den Blick auf die Realitäten verweigert. Selbst nach den Zahlen des NRW-Justizministeriums ist es nämlich so, dass jährlich von jeder Kollegin und jedem Kollegen mit einer nur geringen Schwankungsbreite rd. 12 Urlaubstage ins nächste Urlaubsjahr übertragen werden. Interessanterweise werden die Daten der Tagesdienst- und der Schichtdienstleistenden durch das Justizministerium nicht getrennt ausgewiesen. Damit schafft man sich die Faktenbasis dafür, dass der Hinweis, persönliche Urlaubsdispositionen seien für die Übertragung von Urlaub ursächlich, nicht als gänzlich falsch angesehen werden kann. Immerhin sind Verwaltungskräfte und die Angehörigen der besonderen Fachdienste nach Abstimmung mit ihren Vertretungskräften in der Lage, individuell Einfluss auf die Realisierung ihrer Urlaubsansprüche zu nehmen.

Personalnot im Schichtdienst wäre plausible Erklärung

Im Schichtdienst sieht dies allerdings gänzlich anders aus. Hier sind strikte Urlaubsplanungen erforderlich, damit eine einigermaßen gerechte Gewährung von Urlaub unter Berücksichtigung persönlicher Bedürfnisse (Kinder, Urlaub des Lebenspartners pp.) überhaupt erfolgen kann. Die persönliche Urlaubsdisposition ist hier erheblich eingeschränkt. Von



Peter Brock: „Ob es der Minister nun wahrhaben will oder nicht, der Vollzug braucht angesichts der Flüchtlingskrise und der dschihadistischen Bedrohungslage dringend zusätzliches Personal.“

daher kann jeder einzelne auch nur sehr begrenzt darauf Einfluss nehmen, wie viele Urlaubstage in das nächste Urlaubsjahr übertragen werden. Diese Faktenlage blendet die Antwort des Justizministers auf die FDP-Anfrage in unzulässiger Weise aus.

Die FDP-Anfrage hätte dem Justizministerium die Chance geboten, einmal objektiv die angespannte und überaus schwierige Personallage im NRW-Strafvollzug darzustellen, um den dringenden Handlungsbedarf für die Politik zu belegen und ggf. zu erzeugen. Diese Chance ist leider vertan worden. Denn die Übertragung von Urlaub wird speziell im Schichtdienst durch einen Überstundenberg flankiert, der während des letzten Jahrzehnts durchschnittlich 500.000 Stunden betragen hat, die weder finanziell noch durch Freizeit ausgeglichen werden konnten. Dieser Überstundenberg und die Übertragung von durchschnittlich 85.000 Urlaubstagen (davon rd. 75.000 Tage oder rd. 610.000 Stunden im Schichtdienst) in das Folgejahr beziffert den gegenwärtigen Personalfehlbestand

im Schichtdienstbereich. Allein um die Mehrarbeit und den übertragenen Urlaub auszugleichen, wären rd. 650 Personalstellen erforderlich.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass in den 43 Vollzugseinrichtungen Dienstposten bei kurzfristiger Erkrankung meist gar nicht und bei längerfristiger Erkrankung meist nur unzureichend nachbesetzt werden. Nur durch diese Notmaßnahmen wird erreicht, dass die Überstunden nicht ins Unermessliche anwachsen.

Angesichts der dschihadistischen Bedrohung und der Flüchtlingskrise ist die Politik allerdings gefordert, den Vollzug unverzüglich personell auf diese erkennbaren Herausforderungen vorzubereiten. Zunächst ist der Personalfehlbestand abzubauen und sind die personellen Konsequenzen aus der aktuellen Bedrohungslage zu ziehen.

Politik ist gefordert das Personaldefizit des Vollzuges zeitnah zu beseitigen

In Düsseldorf kommentierte BSBD-Chef Peter Brock die Antwort auf die FDP-Anfrage mit dem Hinweis, dass die Bediensteten des Strafvollzuges an einer Belastungsgrenze angekommen seien. „Mit Bayern leisten wir uns den geringsten Personaleinsatz im Bereich des Strafvollzuges. Würde NRW nicht einen der geringsten Krankenstände bundesweit aufweisen, hätten wir schon die „Weiße Fahne“ der Kapitulation hissen müssen“, kritisierte der Gewerkschafter. Der BSBD beziffert den aktuellen Personalbedarf zur Behebung des Personalnotstandes und für die Bewältigung der sich abzeichnenden Herausforderungen auf rund 1.000 Personalstellen.

„Von Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) hätte ich erwartet“, so Brock, „dass er die Anfrage der FDP genutzt hätte, um die schwierige Personalsituation im Strafvollzug einmal schonungslos darzustellen. Denn wenn der Staat aus Anlass der Flüchtlingskrise und der dschihadistischen Bedrohungslage seine Sicherheitsorgane personell verstärkt, dann darf der Strafvollzug keinesfalls übersehen werden.“

Hier hat der Minister eine günstige Gelegenheit verstreichen lassen, um die politischen Entscheidungsträger von der schwierigen Personallage im Strafvollzug zu überzeugen“, machte Peter Brock die Position der Gewerkschaft Strafvollzug deutlich.

Friedhelm Sanker



Rund 1 Million Stunden jährlich an Mehrarbeit und übertragenen Urlaub können derzeit nicht ausgeglichen werden. Dies ist faktisch ein zinsloses Darlehen, das die Kolleginnen und Kollegen dem Land NRW gewähren.

OV Münster

CDU-Abgeordnete plädieren für den Erhalt der JVA in Münster

Bedienstete und Politik brauchen in dieser Frage Klarheit und Planungssicherheit

Bei einem Treffen des Vorsitzenden des BSBD-Ortsverbandes Münster, Achim Hirtz, mit dem rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Kamieth aus Siegen, und mit dem münsterschen Abgeordneten Prof. Thomas Sternberg wurde u.a. intensiv über den Vollzugsstandort Münster diskutiert.

Nachdem bislang immer noch kein geeignetes Areal für die Errichtung einer Ersatzanstalt gefunden werden konnte, sprachen sich Gewerkschafter und CDU-Abgeordnete für die Beibehaltung des Standortes Münster aus.

Jens Kamieth (CDU) beklagte, dass die Mitglieder des Rechtsausschusses des Landtages schon viel zu lange mit dem Hinweis des Justizministers verträstet würden, man sei auf dem Weg. Nach der langen Zeit des Zuwartens müsse jetzt Schwung in die Angelegenheit kommen. Sowohl Bedienstete als auch Politik bräuchten in dieser Frage Klarheit und Planungssicherheit. Achim Hirtz betonte die Notwendigkeit der guten Erreichbarkeit der Vollzugseinrichtung. Dies sei für die erforderlichen Gefangenentransporte ebenso wichtig, wie für den größten Teil der Kolleginnen und Kollegen. Münster



Waren sich einig, den Vollzugsstandort Münster zu erhalten. Von links nach rechts: Achim Hirtz, Jens Kamieth MdL, Thomas Sternberg MdL.

habe sich insoweit als ein absolut idealer Standort erwiesen und bewährt.

Die Abgeordneten machten darauf aufmerksam, dass sie mit einer Kleinen Anfrage initiativ werden wollten, um die Landesregierung zu veranlassen, endlich Position zu beziehen. Die gegenwärtige Hängepartie müsse beendet werden. Prof. Thomas Sternberg (CDU)

plädierte dafür, von der weiteren Suche nach einem neuen Standort außerhalb von Münster Abstand zu nehmen und eine Grundsanierung und Modernisierung der Vollzugseinrichtung am bisherigen Standort zu realisieren. So könnten die bewährte Struktur beibehalten und unzumutbare Belastungen für die Mitarbeiter vermieden werden.

Sicherheit im Strafvollzug:

Radiowellen-Gewehr holt Drohnen vom Himmel

Menschen wollen nicht von mit Kameras ausgestatteten Drohnen beobachtet werden

Von Drohnen, Quadrocoptern und ähnlich kostengünstigen und leicht zu bedienenden unbemannten Fluggeräten geht eine nicht unerhebliche Gefahr für gesellschaftliche Sicherheitseinrichtungen aus.

Deshalb ist Bremen beispielsweise dabei, das Überfliegen von Vollzugseinrichtungen zu untersagen, indem entsprechende Sperrzonen bestimmt werden. Eine recht einfache Abwehrmethode hat jetzt das US-Forschungsunternehmen Battelle Innovations entwickelt. Mit einem Radiowellen-Gewehr sollen solche Fluggeräte in einem Umkreis von 400 Metern zur Landung gezwungen werden können.

Manche Menschen ärgern sich, wenn sie von mit Kameras ausgestatteten Drohnen beobachtet werden. In Amerika, wo fast jeder Haushalt über Schusswaffen verfügt, wird in solchen Fällen mitunter

rabiati reagiert. So ist überliefert, dass im US-Bundesstaat Kentucky ein 47-jähriger Mann eine Drohne mit einem gezielten Schuss zu Boden gebracht haben soll. Das von der US-Firma Battelle Innovations entwickelte Radiowellen-Gewehr geht in solchen Fällen weniger brachial zu Werke und zwingt die uner-



Mit einem solchen Radiowellen-Gewehr können unbemannte Flugobjekte zur Landung gezwungen werden. Foto: Battelle

wünschten Fluggeräte ganz einfach zur Landung. Das Gewehr übernimmt per Funk die Kontrolle über das anvisierte Fluggerät und beseitigt so den Grund des Ärgernisses.

Das Radiowellen-Gewehr verfügt über eine Reichweite von rund 400 Metern. Zielt man mit dem Gerät auf die Drohne, bricht deren Kommunikation mit der Fernsteuerung zusammen. Es gibt dann die Optionen, die Drohne zur Landung zu zwingen oder zum Absender zurückkehren zu lassen. In Zukunft könnte sich das Anti-Drohnen-Gewehr als nützlich erweisen, Sperrzonen für Drohnen zu kontrollieren und definitiv durchzusetzen. Auch für den Bereich des Strafvollzuges wäre ein solches Hilfsmittel sicherlich von großem Wert, um das unerlaubte Einbringen von Sachen in Vollzugseinrichtungen mittels Drohnen wirksam zu unterbinden.

Friedhelm Sanker

Personalratswahl bei der JVA Werl:

BSBD gewinnt den Urnengang überzeugend

Verdi erhält bei der Personalratswahl lediglich 5,65 Prozent der abgegebenen Stimmen



Diese BSBD-Mandatsträger vertreten künftig die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Personalrat der JVA Werl. Von links: Andreas Hiersemann, Jan Bartlin (stv. PR-Vorsitzender), Gordon Zimmermann, Heiner Thöne (PR-Vorsitzender), Thomas Rüter und Stephan Schriek.

Bei der Neuwahl des Personalrates der JVA Werl haben sich die Listen des BSBD überzeugend durchgesetzt. In der Gruppe der Beamten erreichte der BSBD 56,15 Prozent der abgegebenen Stimmen.

In der Gruppe der Beschäftigten sprachen sich 54,05 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die BSBD-Liste aus. Von den neun zu vergebenden Personalratsmandaten entfielen somit sechs auf die Kandidaten der Gewerkschaft Strafvollzug. Für eine riesige Überraschung sorgte **Verdi**, die erstmals keinen einzigen Sitz im Personalrat erringen konnte. Ihre bislang drei Sitze musste **Verdi** an die „Unabhängige Liste“ abgeben. Es ist schon eine faustdicke Überraschung, dass die gewerkschaftliche Konkurrenz von **Verdi** bei der Per-

sonalratswahl lediglich 5,65 Prozent der abgegebenen Stimmen erringen konnte. Dabei war **Verdi** in der JVA Werl in der Vergangenheit vergleichsweise stark organisiert. Der BSBD-Spitzenkandidat **Heiner Thöne** konnte sich gemeinsam mit seiner Mannschaft über einen überzeugenden Wahlerfolg freuen.

Gleich nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses gratulierte **BSBD-Landeschef Peter Brock** dem Werler Ortsverband: „Ihr habt deutlich gemacht, dass

ehrenamtliche Arbeit für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen honoriert wird. Als Berufsgruppenminderheit sind die Strafvollzugsbediensteten darauf angewiesen, dass sie ihre Interessen bündeln und gemeinsam vertreten, damit sie im Konzert der großen Interessengruppen nicht überhört werden können. Dies ist uns bislang recht ordentlich gelungen und deshalb gibt es zu dieser Strategie keine vernünftige Alternative.“ Der Gewerkschafter dankte dem Werler Wahlkampfteam für dessen großen Einsatz, der durch einen großartigen Wahlerfolg belohnt worden sei. Den neuen Mandatsträgern wünschte **Peter Brock** Augenmaß, Glück und viel Erfolg, die Interessen von Dienststelle und Kolleginnen und Kollegen auszugleichen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Heiner Thöne, zwischenzeitlich zum Vorsitzenden des Mitbestimmungsgremiums gewählt, freute sich noch über einen anderen Aspekt. Der Wahlkampf mit der erstmals in Werl gebildeten „Unabhängige Liste“ habe dazu beigetragen, dass die Wahlbeteiligung erheblich auf rd. 70 Prozent angestiegen sei. Dies sei eine positive Entwicklung, die dringend fortgeführt werden müsse, erklärte der **BSBD-Gewerkschafter** und fügte an: „Wenn wir uns nicht um unsere eigenen Interessen kümmern, dann tut es niemand!“

Friedhelm Sanker



Heute schon gelacht?

Rache ist süß

„Schau mal einer an, auf diese Stunde habe ich zwanzig Jahre gewartet!“, sagt der Verkehrsrichter zu seinem früheren Lehrer.

„Jetzt setzen Sie sich mal dort drüben hin und dann schreiben sie hundertmal: „Ich soll nicht über eine rote Ampel fahren!“

Tatbestandsmerkmale

Juristisches Staatsexamen, Thema Strafrecht: Der Professor fragt: „Was ist Betrug?“

Der Student: „Ein Betrug wäre es zum Beispiel, wenn Sie mich durchfallen ließen.“

Professor: „Wieso denn das?“

Student: „Weil nach dem Strafrecht jemand einen Betrug begeht, wenn er die Unkenntnis eines anderen dazu ausnutzt, um ihm Schaden zuzufügen.“

Missverständnis

„Zeuge, jetzt sagen sie uns bitte: Wie drückte sich der Angeklagte genau aus?“ „Er sagte, er habe das Auto gestohlen.“ „Sprach er dabei in der dritten Person?“ „Nein, Herr Richter, wir waren allein.“ „Sie verstehen mich falsch. Ich möchte wissen, ob er nicht vielmehr ge-

sagt hat: „Ich habe das Auto gestohlen.“ „Nein, Herr Richter, von ihnen war überhaupt nicht die Rede.“

Nie allein

„Pflügt Ihr Freund Selbstgespräche zu führen, wenn er allein ist?“, fragt der Vernehmungsrichter die junge Zeugin. „Ich weiß nicht, Herr Richter, ich war noch nie bei ihm, wenn er allein war.“

Ehrliche Leute

Richter: „Haben Sie den Betrug ganz allein ausgeführt?“ „Allein. Ich arbeite immer allein. Bei Kollaboration weiß man nie, ob man es mit ehrlichen Leuten zu tun hat.“

OV Hövelhof

BSBD und das Kultur- und Sozialwerk veranstalten Spielfest

Spielfest lockte Flüchtlingskinder mit zahlreichen Attraktionen

Im Zuge der Flüchtlingskrise haben rund 590 Schutzsuchende in Hövelhof ein vorübergehendes Zuhause gefunden. Da die Unterkunft in der Nähe der Vollzugseinrichtung gelegen ist, unternahm BSBD-Chef André Nienaber vor Wochen einen Spaziergang, um den Neuankömmlingen einen Besuch abzustatten und um sich ein Bild von ihren konkreten Lebensumständen zu machen. Was er in der Notunterkunft zu sehen bekam, rührte ihn sehr. Die Enge und das lethargische Nichtstun der Erwachsenen kontrastierte mit dem Bemühen der vielen Kinder, dem Alltag etwas Spaß und Sinn abzugewinnen. Dieser Eindruck löste bei André Nienaber spontane Aktivität aus. Er machte es sich zum Anliegen, für die Kinder ein abwechslungsreiches Spielfest zu organisieren, um sie wenigstens für einige Stunden ihrem tristen Alltag zu entreißen.

Schneller als gedacht erklärten sich etliche Kolleginnen und Kollegen sowie **Gerda Möller**, die Vorsitzende des Kultur- und Sozialwerkes, bereit, sich an der Organisation des Festes zu beteiligen. Nachdem auch die Gespräche mit der Bezirksregierung und den Maltesern, die mit der Leitung der Unterkunft betraut sind, positiv verliefen, machte man sich an die konkrete Arbeit. Es galt Spenden einzuwerben sowie Spiele und sonstige Attraktionen vorzubereiten. Bei den Spenden ging es relativ zügig, rd. 1.700 € konnten von gebefreudigen Firmen und Organisationen lockergemacht werden. Auch viele Sachspenden sorgten für eine breite Palette möglicher Aktivitäten. Nicht zuletzt das „Haus der offenen Tür“ steuerte Outdoor-Spielzeug bei, um viele Aktivitäten im Freien realisieren zu können.

Die Werkbetriebe der Vollzugseinrichtung bauten eine Wurfzude und konstruierten weitere Spielgeräte. Zwei Kolleginnen der Anstaltsküche waren sofort bereit, Kaffee und Kuchen für das Gelingen des Spielfestes beizusteuern. Als dann auch noch Malbücher, Buntstifte, Straßenmalckeide gesponsert wurden und der **BSBD** Jojos, Caps und Spielzeugflugzeuge zur Verfügung stellte, stand der Einladung an die Kinder nichts mehr im Weg.

André Nienaber sprach die Einladung an die 6- bis 12-jährigen Kinder und ihre Eltern aus. Die Resonanz war unerwartet groß. Zum Spielfest konnte der Gewerkschafter 75 Kinder und deren Eltern

begrüßen. Insgesamt 30 Betreuer kümmerten sich um die Gäste und sorgten für einen reibungslosen Verlauf der Veranstaltung. Die Kinder stammten aus Albanien, Pakistan, Bangladesch, Syrien, dem Irak, der Mongolei, Georgien und Tadschikistan. Naturgemäß stellte sich die Sprache als Barriere und großes Hemmnis heraus. Hier sprangen die Kinder der Kolleginnen und Kollegen und aus der Hövelhofer Siedlung beherzt ein, um die verfügbaren Spiele mit Händen und Füßen zu erklären und zu demonstrieren.

Was eine Wurfzude ist und wozu eine Torwand dient, ist nonverbal relativ schwer zu vermitteln. Die Kinder untereinander waren letztlich aber erfolgreich. Bereits nach kurzer Zeit wurde von den aufgebauten Attraktionen und Spielen reger Gebrauch gemacht. Ein besonderes Highlight stellten die Modellierungskünste von **Stefanie Atkins** dar, die aus schlanken Luftballons Giraffen und Hunde entstehen ließ und damit das Lachen in die Gesichter der Kinder zauberte. Und dann war da noch eine besondere Attraktion, die Kinder seit jeher fasziniert: **Gerda Möller** als weiblicher Clown. Das komödiantische Talent der Kollegin und deren mimische Virtuosität versetzten nicht nur die Flüchtlingskinder in freudige Erregung. Auch das erwachsene Publikum konnte sich den burlesken Clownerien nicht entziehen und spendete anerkennenden Beifall. Die pantomimischen Elemente des Auftritts der Clownin sind eben in allen Sprachen zu verstehen. Die

Kinder honorierten die spielerische Überschreitung gesellschaftlicher Grenzen und befreitem Gelächter. Sie hatten offenkundig Spaß und verbrachten einen erlebnisreichen Nachmittag in der Hövelhofer Vollzugseinrichtung.

Es war ein toller Nachmittag, bei dem auch das leiblich Wohl nicht zu kurz kam. Die Kinder belohnten den betriebenen Aufwand mit strahlenden Gesichtern. Einen schöneren Lohn für die vielen „hilfreichen Geister“ konnte es gar nicht geben. Auch **Ute Reed** vom Malteser Hilfsdienst zeigte sich mächtig beeindruckt von dem, was die Hövelhofer Kolleginnen und Kollegen in kurzer Zeit aus dem Boden gestampft hatten: „Es ist schon erstaunlich, was die JVA in kurzer Zeit organisiert und auf die Beine gestellt hat. Für die Flüchtlinge der Erstaufnahme und ihre Kinder ist es hilfreich, mit der einheimischen Wohnbevölkerung in Kontakt zu kommen und einmal aus der Monotonie und Eintönigkeit in der Erstaufnahme ausbrechen zu können. Wir sind den Organisatoren des Spielfestes deshalb überaus dankbar.“

André Nienaber und **Gerda Möller** zogen ebenfalls ein positives Fazit: „Es hat sich gelohnt, das Spielfest zu veranstalten. Die Kinder hatten Spaß und das war an diesem Tag das Wichtigste.“ Wegen der großen Resonanz bei den Kindern soll das Spielfest künftig zu einer festen Einrichtung werden. Die Organisatoren sind überzeugt, zwei Veranstaltungen jährlich realisieren zu können.



Die beiden Haupt-Organisatoren Gerda Möller (im Kostüm) und BSBD-Chef André Nienaber freuen sich über die große Resonanz, die ihr Spielfest bei den Flüchtlingskindern gefunden hat. An den Ständen herrschte reges Treiben.

28. Deutsche Waldlaufmeisterschaft der Justiz in Köln:

Favoriten waren nicht zu schlagen

Gelungene Veranstaltung wurde von den Aktiven gelobt

Die Betriebssportgemeinschaft der JVA Köln war in diesem Jahr mit der Austragung der 28. Deutschen Waldlaufmeisterschaft der Justiz betraut. Nachdem im Vorjahr in Siegburg eine überaus gelungene Veranstaltung durchgeführt worden war, hatte sich das Kölner Organisationsteam einiges vorgenommen, um den Ansprüchen an ein solches Sportevent gerecht zu werden. Man hat ganze Arbeit geleistet, nichts wurde dem Zufall überlassen. Im Zusammenwirken mit den örtlichen Sportvereinen wurde eine 10 km lange Laufstrecke im Kölner Blücherpark vorbereitet und präpariert. Hier stehen zwar nicht so viele Bäume wie andernorts, doch reichte es, um doch von einem Waldlauf sprechen zu können. Insgesamt 114 Starter aus ganz Deutschland stellten sich der sportlichen Herausforderung.



Die JVA Werl hatte sich ihr Motto auf die Trikots drucken lassen: „Uns läuft keiner weg!“

Zwischenzeitlich kennt sich die Läuferfamilie der Justizbediensteten. Die jährliche Suche nach dem ultimativen Champion ist daher kein Selbstzweck, sondern willkommenes Anlass bestehende Freundschaften zu festigen und zu pflegen sowie neue Starterinnen und Starter kennenzulernen. Allerdings sollte auch der sportliche Ehrgeiz nicht zu kurz

kommen, weil er die Voraussetzung für ein sportliches Kräfteressen darstellt.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen gingen mit der Zielvorstellung an den Start, ein ihren persönlichen Fähigkeiten und Ambitionen entsprechendes Resultat erzielen zu wollen. Jeder hatte sich deshalb sein persönliches Ziel gesetzt. Einige waren an der Verbesserung ihrer persön-

lichen Bestleistung interessiert, andere wollten ihre Form überprüfen, während wieder andere einfach die Bewältigung der Laufstrecke anstrebten.

Bevor es für die Teilnehmer ernst wurde, hatten emsige Helferinnen und Helfer aus den Reihen der BSG Köln dafür gesorgt, allen Startern eine gute, angenehme und organisatorisch einwandfreie Sportveranstaltung zu bieten. Der „Countdown“ lief, nur noch eine halbe Stunde bis zum Start. Alle Meldungen waren notiert, die Startnummern ausgegeben und ordnungsgemäß an den Trikots befestigt. Das nervöse Treiben im Start- und Zielbereich wurde hektischer. Viele Läufer huschten noch schnell vorbei, um die Muskulatur aufzuwärmen und durch Dehnübungen geschmeidig zu halten. Für die Logistik einer solchen Meisterschaft vertraute man auf die professionelle Hilfe befreundeter Sportvereine. Dies galt ganz besonders für die reibungslose Abwicklung der Zeitnahme.

Die ambitionierten Läufer nahmen in der ersten Reihe Aufstellung, während die „Just-for-fun“-Starter weiter hinten die sportliche Herausforderung angingen. Alle Streckenposten hatten Stellung bezogen und der „Pacemaker“ stand bereit, um der Spitze des Läuferfeldes den jeweils richtigen Weg zu weisen. Noch einmal wurde die Streckenbeschaffenheit beschrieben und dann war es endlich soweit. Der Startschuss fiel und ab jetzt war jeder auf sich allein gestellt.

Bei der großen Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern war anfängliches Gedränge nicht ganz zu vermeiden.

Doch nach 500 Metern zog sich das Läuferfeld bereits deutlich auseinander. Um die Schönheit der Natur im Kölner Blücherpark zu bewundern, fanden die Läuferinnen und Läufer allerdings keine Zeit. Jeder war vielmehr damit befasst, sich sein Stück Strecke zu erkämpfen und das individuell richtige Tempo zu finden, um die antrainierte Ausdauer nicht vor-



Noch kurz vor dem Start herrschte gespannte Erwartung.

Fotos (6): Axel Eberhardt



In wenigen Augenblicken werden die Läuferinnen und Läufer starten.



Noch befindet sich das Feld der Läufer in der Phase der Orientierung.

zeitig zu verausgaben. Jeder Streckenkilometer war auffällig gekennzeichnet, um jedem Läufer die Orientierung zu ermöglichen. Die Bodenbeschaffenheit bereitete den Läufern keine großen Probleme, zumal die Strecke nur relativ geringfügige Steigungen aufwies. Schwieriger war es da, seine Kräfte individuell richtig einzuteilen. Der unvermeidliche Kräfteverschleiß sorgte schnell dafür, dass sich die „Spreu vom Weizen“ trennte. Immerhin erwies sich die Laufstrecke als ausreichend selektiv. Nach Kilometer 5 sahen die zahlreichen Zuschauer jene Athleten an der Spitze des Feldes, die die Meisterschaften bereits in den Vorjahren dominiert hatten.



Bianca Richter, die spätere Siegerin des Frauenwettbewerbs, rollt das Feld von hinten auf.

Thomas Nieser (JVA Frankenthal) und **Sascha Berger** (JVA Heinsberg) präsentierten sich topfit und austrainiert. Wechselseitig stachelten sie sich zu sportlicher Höchstleistung an, um die letzten Kraftreserven zu mobilisieren. **Nieser** wollte es endlich schaffen, seinen Heinsberger Widersacher abzuschütteln. Nach exakt nach 36:46 Minuten lief **Thomas Nieser** von der JVA Frankenthal über die Ziellinie und entschied die Waldlaufmeisterschaft zu seinen Gunsten. Fast über die gesamte Strecke hatte er geführt und kaum Zweifel daran aufkommen lassen, das Rennen als Sieger zu beenden. Nach kurzer Erholung wirkte **Nieser** fit, kaum eine Schweißperle verirrte sich noch auf seine Stirn. Den Titel eines Vizemeisters holte sich **Sascha Berger**, der nach 37:00 Minuten das Ziel passierte und sich äußerst zufrieden über seine ausgezeichnete Zeit zeigte. Den 3. Platz belegte **Steve Wittig** (JVA Laufen-Lebenau), der in hervorragenden 37:21 Minuten das Ziel erreichte. Als schnellste Frau erwies sich

Bianca Richter von der JVA Herford, die in der guten Zeit von 45:16 Minuten erneut ihre läuferische Klasse unter Beweis stellte und auf **Michaela Musholt** einen Vorsprung von mehr als einer Minute herauslief. Die Vizemeisterin vom AG Bocholt wurde in der Zeit von 46:36 Minuten gestoppt. Bis dieser Erfolg erreicht war, bedurfte es unbedingten Einsatzwillens, um die Drittplatzierte **Sabine Günther** vom LG Duisburg letztlich deutlich auf Distanz zu halten, die in 49:16 Minuten über die Ziellinie lief. Imponierende Bilder boten sich auf der Zielgeraden, wo sich zahlreiche Zuschauern eingefunden hatten, um den Ath-

leten ihre Referenz zu erweisen und sie durch lautstarke Beifallsbekundungen zu sportlicher Höchstleistung anzuspornen. Denn gekämpft wurde um jede Platzierung. In Sichtweite des Zieles wurden nochmals die letzten Kräfte mobilisiert, um sich im Endspurt noch um den ei-

nen oder anderen Platz zu verbessern. Im Mannschaftswettbewerb war die mit herausragenden Einzelkläufern bestückte Mannschaft der **JVA Heinsberg** nicht zu schlagen. Sie erkämpfte sich unangefochten den diesjährigen Meistertitel und orientierte sich dabei an dem Motto, dass sich die Werler Kolleginnen und Kollegen auf ihre Trikots hatten drucken lassen: „Uns läuft keiner weg!“

Nach der Veranstaltung wurde der Abschluss der Meisterschaft feierlich begangen. Die Siegerehrung übernahmen **Angela Wotzlaw**, Leiterin der Kölner Vollzugseinrichtung, und **BSBD-Landesvorsitzender Peter Brock**. Nach Abschluss der Meisterschaft, war das Lob der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ungeteilt und überschwänglich. Die Logistik hatte alle Schwierigkeiten wunderbar gemeistert, so dass sich auch das gesamte Organisationsteam zufrieden zeigte. Der Leiter des Organisationsteams fasste die gelungene Veranstaltung mit dem Fazit zusammen: „Wir danken unseren Gästen und den teilnehmenden Vollzugseinrichtungen, dass sie mit ihrem sportlichen Einsatz die Grundlage für eine gelungene Meisterschaft gelegt haben, deren hohes läuferisches Niveau auch die Zuschauer und Gäste überzeugen konnte!“



Mit beachtlichem Vorsprung erreicht Thomas Nieser als neuer Meister das Ziel.

OV Bielefeld-Oberems

Vorweihnachtliches Pensionärstreffen stieß auf großen Zuspruch

Sie bilden schon eine verschworene Gemeinschaft, die Pensionäre des Ortsverbandes Bielefeld-Oberems. Überdeutlich wurde dies anlässlich ihres schon traditionellen Treffens in der Vorweihnachtszeit. Selten zuvor waren so viele ehemalige Strafvollzugsbedienstete der Einladung des Ortsverbandes gefolgt. Der große Saal bot den Pensionären gerade ausreichend Platz, als OV-Vorsitzender Ulrich Biermann die Veranstaltung am 4. Dezember 2015 mit einem Statement zur aktuellen Lage des Strafvollzuges eröffnete. Mit besonderer Freude konnte er den BSBD-Ehrenvorsitzenden Wilhelm Bokermann und den neuen stellvertretenden Anstaltsleiter Rolf Bahle begrüßen.

„Die Sicherheitslage in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen,“ meinte **Biermann**, „hat sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten dramatisch verschärft. Sie gibt den Blick frei auf die Schwierigkeiten, denen der Vollzug aktuell ausgesetzt ist und die die Strafvollzugsbediensteten sorgenvoll in die Zukunft blicken lassen. Die Flüchtlingskrise und die aktuellen Terroranschläge tun ein Übriges, um die Lage weiter zu verschärfen.“ Nachdem die Vollzugsein-

tungen noch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet werde. Auch der Administration am Düsseldorfer Martin-Luther-Platz müsse einsichtig sein, dass nur eine ausreichende Personalpräsenz außerordentlichen Sicherheitsstörungen angemessen vorbeugen könne. Auch verbale und körperliche Übergriffe auf Kolleginnen und Kollegen ließen sich nach Einschätzung des Gewerkschafters auf diese Weise eindämmen. Stv. Anstaltsleiter **Rolf Bahle** berichtete anschließend

so viele Ausbildungs-, Förder- und Arbeitskapazitäten zur Verfügung, so dass der Vollzug einen großen Fehler begehen würde, wenn er diese Möglichkeiten ungenutzt ließe, um Strafgefangene für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen.

Ulrich Biermann nahm im weiteren Verlauf der Veranstaltung die Ehrung des Kollegen **Werner Müller** für 50-jährige Mitgliedschaft und der Kollegen **Peter Schemmer**, **Friedhelm Schneider**, **Hans Hovestadt** und **Antonius Beermann** für



Foto links: Jubilarehrung beim BSBD-Ortsverband Bielefeld-Oberems (von links): Ortsverbandsvorsitzender Ulrich Biermann (Rietberg), Peter Schemmer (40 Jahre/Bielefeld), stellvertretender BSBD-Bundesvorsitzender Friedhelm Sanker (Herford), Friedhelm Schneider (40 Jahre/Bielefeld), Hans Hovestadt (40 Jahre/Herzebrock-Clarholz), Rolf Bahle (stellvertretender Leiter der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne), Antonius Beermann (40 Jahre/Herzebrock-Clarholz) und Werner Müller (50 Jahre/Wadersloh). Foto rechts: Bei bester Laune und dem Austausch schöner Erinnerungen verlebten die Teilnehmer harmonische Stunden bis in den Abend hinein. Die Pensionäre waren sich einig: Im nächsten Jahr kommen wir wieder!

richtungen sicherheitstechnisch weitgehend auf einen aktuellen Stand gebracht worden seien, mache sich nach **BSBD**-Berechnungen das Fehlen von rund 650 Bediensteten allein für den Abbau von Mehrarbeit und übertragenen Urlaub in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes überaus negativ bemerkbar. Die Sicherung der Einrichtungen nach außen verlagere die verbleibenden Sicherheitsrisiken zunehmend auf die Kolleginnen und Kollegen. Deshalb müsse das Land sicherstellen, dass die Einrichtungen in personeller Hinsicht aufgabengerecht ausgestattet seien. So sei zwischenzeitlich wieder ein Berg von annähernd 500.000 Überstunden aufgelaufen. Daneben würden im allgemeinen Vollzugsdienst rd. 75.000 Tage oder 610.000 Stunden ins Folgejahr übertragen. Bemerkenswert, so **Biermann**, sei in diesem Zusammenhang, dass der Personalpräsenz in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrich-

über die aktuellen Entwicklungen in der JVA Bielefeld-Senne. Man befinde sich derzeit gerade in einer Umbruchphase. Die gesamte Leitung der Einrichtung sei neu besetzt worden und müsse sich zunächst ein Bild von der derzeitigen Lage machen. Er selbst freue sich, nach einem 5-jährigen dienstlichen Intermezzo in anderen Einrichtungen wieder in Bielefeld-Senne gelandet zu sein. Bereits nach wenigen Tagen fühle er sich bereits wieder heimisch.

Insgesamt, so **Bahle**, sei die Einrichtung gut aufgestellt. Für die Zukunft gelte es, die Stärken der Anstalt bei der Beschäftigung sowie bei der Betreuung und Behandlung von Gefangenengruppen mit spezifischen Behandlungsbedürfnissen beständig auszubauen und weiterzuentwickeln.

Er sei zuversichtlich, dass sich der offene Vollzug in Ostwestfalen sehr positiv entwickeln werde. In der Region stünden

jeweils 40-jährige Mitgliedschaft in der **Gewerkschaft Strafvollzug** vor. **Ulrich Biermann** der die Jubilare mit Ehrenurkunde und einem Präsent auszeichnete, bedankte sich für deren langjährige Treue zum **BSBD**.

„Euer solidarisches Eintreten für unsere gemeinsamen Anliegen, hat die zahlreichen Erfolge unserer Fachgewerkschaft in der Vergangenheit erst möglich gemacht. Ihr gebt uns Jüngeren damit ein gutes Beispiel dafür, dass die Bündelung gemeinsamer Interessen sind auszahlt, auch wenn man manchmal einen langen Atem benötigt.“

Diese Stetigkeit und Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer spezifischen Anliegen ist es, die in der Vergangenheit die größten gewerkschaftlichen Erfolge bewirkt haben. Und ich glaube, dass die Eigenschaften auch in der Zukunft nötig sein werden, um gewerkschaftliche Strategien erfolgreich zu machen.“